

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährl. M. 1,35
monatl. 45 Pf.
Bei allen künftl. Postansenden
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr Wertl. M. 1,35,
ausserhalb desselben M. 1,35,
hierz. Bestallgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzelle.
Reklamen 15 Pfg. die
Peltzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
F. Announcements
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 259.

Montag, den 4. November 1912.

29. Jahrg.

Die Sozialdemokratie und die Steuerreform.

I.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Kaumann hat vor einiger Zeit auf den Widerspruch hingewiesen, der zwischen dem Auftreten der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament und der Berichterstattung in der sozialdemokratischen Presse zum Ausdruck kommt. Während im Parlament die sozialdemokratischen Abgeordneten mit wenigen Ausnahmen eine sachlich wenig hervorzuhebende Rolle spielen und in den Kommissionen wie die anderen Abgeordneten mitzuarbeiten sich bemühen, müssen die Leser von sozialdemokratischen Zeitungen und Blättern zu der Meinung kommen, die ganze Welt drehe sich um die sozialdemokratischen Abgeordneten, sie seien die Herren des Parlaments und das Glück auf Erden sei nur deshalb noch nicht eingeleitet, weil die Abgeordneten der übrigen Parteien jämmerliche Wesen seien, die alles verraten und preisgeben, was für das volkreiche Volk von Nutzen sein könnte. Je weiter dann ein anderer Vorgang von dem Zeitpunkt seines Geschehens sich entfernt, desto stärker werden die Farben aufgetragen. Man spekuliert auf die Bergeshöhe der Menschen und auf den Anstand der Gegner, die es unter ihrer Würde halten, mit gleicher Münze zu bezahlen. Wir wollen diese Tatsachen an einigen Vorgängen beleuchten. Zunächst einmal an der

sozialdemokratischen Darstellung der Steuerreform.

Wir behaupten die Sozialdemokraten in Wort und Schrift, die Vertreter der bürgerlichen Parteien hätten bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes die Anträge des Abgeordneten Keil auf Erhöhung des Existenzminimums abgelehnt und damit die Armen zur Einsicht herangezogen, man rechne das Einkommen eines Arbeiters und seiner Frau zusammen, man besteuere das Weihnachtsgeld des Diensthofens und ferner seien im Jahre 1901 die Anträge des Abgeordneten Keil auf Einführung einer Vermögenssteuer abgelehnt worden.

Sehen wir uns nun einmal die Vorgänge an, wie sie sich in Wirklichkeit und nach den Parlamentsakten zugetragen haben. Die Steuerreform ist in Württemberg nicht von der Sozialdemokratie, die anfangs der 90er Jahre parlamentarisch noch gar keine

Rolle spielte, sondern von der Volkspartei durch ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl im Jahr 1895 auf Grund der damals allmählich hervortretenden Verschlebung des wirtschaftlichen Lebens propagiert und im Landtag vertreten worden. Schon beim ersten Einkommenssteuervorschlag, der nach heftigen Kämpfen im Jahr 1898 am Widerstand der Ersten Kammer scheiterte, stimmte der damals einzige sozialdemokratische Abgeordnete Aloh für die Steuerreform von 500 M., er trug einzig die Voraussetzung an seine Abstimmung, daß die Wohnsteuer bei dem später zu erwartenden Gemeindefeuergesetzentwurf entweder beseitigt oder ermäßigt werde. Das letztere ist dann bekanntlich auch geschehen.

Bei der Wiederaufnahme des Einkommenssteuergesetzes im neuen 1900 gewählten Landtag war es jedoch nicht der Abgeordnete Keil, sondern der volksparteiliche Abgeordnete und Mitberichterstatte Herr, der in der Kommission den Antrag stellte, die untere Steuerreform auf 850 M. festzusetzen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, worauf der Abgeordnete Keil im Plenum den Antrag stellte, wenigstens die nächste Steuerreform von 650 M. als untere Grenze festzustellen. Diefem Antrag hat sich dann der Abgeordnete Keil angeschlossen, er hatte von sich aus gar keinen Antrag gestellt. Dabei anerkannte Herr Keil, daß die untere Steuerreform von 500 M. lediglich für die Ledigen Bedeutung habe, da für die Verheirateten durch den Art. 20 des Entwurfes eine höhere Steuerreform gegeben sei. Er bekämpfte die Steuerreform von 500 M. in der Hauptsache vom Standpunkt des Ertrags aus, er meinte der Verwaltungsaufwand werde durch den häufigeren Wohnungswechsel der Ledigen größer als der Ertrag sein, es sei mehr Schur als Wolle. Auch das gab Herr Keil zu, daß die untere Steuerreform nur in den Städten drückend wirken werde, weniger auf dem Lande, wo die Lebensverhältnisse ganz anders liegen, er wollte aber selbst von einer verschiedenartigen Abstufung von Stadt und Land nichts wissen. Noch mehr: Herr Keil wollte die Voraussetzung eines höheren Existenzminimums nur für die Staatssteuer geltend wissen nicht auch für die Gemeindesteuer. Er führte aus, man könne es den Gemeinden überlassen, wie beim preussischen Gesetz, wie hoch sie das Existenzminimum bei der Erhebung ihrer Einkommensteuer festsetzen wollen. Also den Gemeinden sprach Herr Keil das Recht zu, auf die Steuerreform von 500 M. oder vielleicht noch weiter herunterzugehen.

Von dieser Anregung wollte der Landtag mit Recht nichts wissen. Sämtliche Redner der anderen Parteien stellten sich auf den Standpunkt, daß der Beginn der Steuerpflicht für Staat und Gemeinde gleich sein müsse. Für die untere Grenze wurden politische und finanzielle Gründe geltend gemacht. Es wurde ausgeführt, daß das allgemeine Wahlrecht auch eine Pflicht gegenüber dem Staat bedingt, daß auch der kleine Mann nicht als Bürger 2. Klasse angesehen werden solle, daß ferner bei einer höheren Grenze hunderttausende Steuerzahler ansäßen würden und man auf dem Lande überhaupt bei den dort herrschenden Lebensverhältnissen die Steuerzahler an den Fingern abzählen könnte, weil Einkommen über 800 M. auf dem Lande selten seien. Dazu kam, was auch heute noch zutrifft, daß dann die Progression in den übrigen Steuerstufen viel früher einsetzen würde, etwa wie bei der preussischen Einkommensteuer, wo zwar die untere Steuerstufe für den Staat 900 M. betrage, dagegen die folgenden Stufen sofort wesentlich stärker gefaßt seien. Man zahle bei einem Einkommen von 1025 M. in Württemberg 1 M., in Preußen 6 M., in Baden 8,75, in Hessen 14,50 Mark. Es würde also gerade der verheiratete Arbeiter und der Mittelstand stärker betroffen, während nach dem Vorschlag der Regierung die Ledigen zur Erleichterung der Stufen der Verheirateten 2 und 3 M. jährlich beitragen.

Auch wenn man wie wir sich der Begründung im ganzen nicht anschließt, wird man zugeben müssen, daß bei den damaligen Verhältnissen in Württemberg manches zutreffende im Einzelnen enthalten ist. Seit jener Zeit haben sich aber die Verhältnisse in Stadt und Land wesentlich verschoben, so daß heute für eine Erhöhung des Existenzminimums zweifellos eine Mehrheit vorhanden sein wird. Daß der Ertrag von Mann und Frau zusammengerechnet wird, trifft auch bei den Handwerkern und den Landwirten zu, wo die Frau im Betrieb mithilft, eine Ausnahme ist da gar nicht möglich. Und mit dem Einkommenparagrafen hat es folgende Bewandnis: Es handelt sich nicht um das Weihnachtsgeld des Diensthofens, so große Geschenke bekommen diese gar nicht, sondern um die Einnahmen einer ganzen Kategorie von Personen, wie Portiers großer Hotels, die keine regelmäßigen Bezüge haben. Wurde doch mitgeteilt, daß der Portier eines großen Hotels in Stuttgart ein Jahresinkommen von 10-15000 M. habe, das zur Besteuerung nicht hätte herangezogen werden können, wenn die Bestimmung nicht im Gesetz vorhanden wäre.

Das ist das Beste auf der Welt.
Daß Tod und Teufel nicht sein Geld.
Sonn mühte mancher arme Mensch
für manchen Reichen in die Welt.
(Alte Hausinschrift).

Das Tor des Lebens

Roman von Hans Bohl.

(Nachdruck verboten.)

(Copyright 1912 by Bell und Bickardt, Berlin.)

(Fortsetzung.)

Rolf Bandener gab getuschelt Bescheid, und Heinrich lächelte mit Teilnahme zu. Da war nicht das geringste an ihm, was ihn interessierte, das sie außer acht ließ und ihm sprachen sie, wie so oft in stillen Abendstunden, über Hoff und Amt, und Heinrich lächelte der weichen, tiefen Stimme.

Eine blaue Stunde war's, die Rolf und Heinrich hier im Kamin verplauderten, eine blaue Stunde, von der die Lichter träumen und singen, die lange noch im Gemüt nachklingen und tausend Wunderblumen treibt.

Die hohen, weißen Christsternen am Kamin neigten ihre blauen Blumenangehörigen jetzt wie gefenkte Fackeln herüber, und glühend knisterten die Flammen.

Da sprang Rolf erschrocken auf, um eilig Abschied zu nehmen.

„Gewiß dankte es ihm in der Halle, fast zum Erwidern.“

Als aber Heinrichs Augen so wunderbar in ihrem dunklen Glanz den seinen begegneten, da lächelte er wie abwesend zum Abschied ihre weichen Hände, und ein soft rotes Leuchten konnte sein bageres Gesicht.

„Er war reich und glücklich in Heinrichs Freundschaft.“

„Wohin er nicht.“

Und mit dieser tiefen, inneren Freudigkeit trat er hinaus in die herbstliche Nacht.

Stimmlos drang der Rhein und Sturmwolken gegen den nächtlichen Himmel daher.

Rolf Bandener schritt ruhig vorwärts, immer dem Lichte nach, das ihm von seinem Sanatorium so traulich entgegenleuchtete.

Dort wartete viel Arbeit auf ihn, die beste Trösterin und sein treuer Weggefelle, durch lange Leidensjahre treu geblieben.

Heinrichs Lächeln begleitete ihn wie ein leichter Schein, den konnte keine Sturmwind verdunkeln, keine schwarzen Wolken verhallen.

Immer und immer sah er das Licht.

Als Sibo von Gehenbach vor mehr als einer Stunde das Haus verlassen, um noch in der nicht allzufernen Stadt den Klub anzuschauen, wütete auch schon der Herbststurm mit heftigem Angellarm. Sibo schwankte erst, ob er nicht den Wagen beordern sollte, aber die eilige Luft kühlte so wohlthuend seine heiße Stirn, daß er doch beschloß, den Weg zu Fuß zurückzugehen.

Wie weit ausholenden Schritten ging er dem Rheinufer zu. Dort führte ein schmaler Pfad ihn schneller ans Ziel.

In dem Augenblick, wo Sibo sein Haus verließ, hatte sich eine dunkle Gestalt von einem Pfeiler nahe der Pforte losgelöst, die ihm nun lautlos, wie ein Schatten, folgte.

Er ging ziemlich schnell, den Pfad hatte er abgenommen.

Heinrich hatte es ihm heute wieder recht schwer gemacht.

Es war doch wirklich ein Unglück mit einer Frau, die den ganzen Tag grübelte, ob sich noch in irgendeiner Falte seines Herzens etwas verberge, was sie nicht kannte.

Wie schwer Heinrich überhaupt das Leben nahm! Kaum auszuhalten war es! Nicht einmal dazu konnte sie sich aufraffen, sorglos und fröhlich zu sein. Ueberall sah sie Hemmungen, überall hemmte sie ihn. Mit welcher Tatkraft war er ins Leben getreten, und wie hatte er es gemeißelt, als er so nahe daran war, unterzugehen! Was hatte Heinrich gesagt?

Es hätte genügt, wenn sie ihm ihr Geld gegeben hätte.

Seine heißen Bitten, ihm zu folgen, ihm zu helfen, ihn zu erlösen, wären nicht als Phrasen gewesen?

Natürlich hätte das Geld genügt. Aber ohne Heinrich hätte er es doch nicht bekommen. Lächerlich, daß sie immer von dem Gelde sprach; es war auch nicht gerade sehr tauglich.

Freilich, sie hatte so merkwürdige Ideen von ihren Pflichten, und dem kleinen Jobst gegenüber, und nun gar noch Heinrichs wegen, deren Aufnahme in sein Haus er längst schon verweigerte.

Sibo hatte aber Heinrich den Wunsch bezüglich des Kindes, der sich fast zu einer krankhaften Idee gesteigert hatte, nicht abschlagen mögen, weil er sich wirklich seiner Frau gegenüber in etwas unbehaglicher Stimmung fühlte.

Er fand einen Augenblick still, um Atem zu schöpfen.

Lauflos verharrete wenige Schritte von ihm die dunkle Gestalt, die ihm folgte. Es war, als wollte sie sich auf

ihn stürzen, um ihn zu vernichten; aber sie rührte sich doch nicht und stand, die Hände fest auf die Brust gepreßt, und starrte ihm finster nach.

Der Wind rauschte wild an den Kleidern der nächtlichen Wanderin, die jetzt Sibo dicht auf den Fersen war. Das dunkle Tuch war der Frau vom Kopfe geglitten, sie achtete nicht darauf. Ihr Blick suchte die hohe, kräftige Gestalt, die da so siegesicher durch das Dunkel vor ihr herschritt.

Es war, als kämpfte die Frau einen schweren Kampf mit sich selbst, als jögere sie jetzt. Mit einem Male aber slog sie wie gejagt vorwärts, an Sibo vorbei, ihm so den Weg verwehrend.

„Was soll das?“ fragte er unwillig, indem er prüfend die vor ihm Austauschende musterte.

Sie standen auf dem schmalen Fußpfad, dicht an dem steil abfallenden Ufer des Rheins.

„Mein Kind will ich haben!“ rief die Frau wild. „Mein Kind sollst du mir wiedergeben!“

„Geh nach Hause, gute Frau,“ mahnte Sibo, sich von seinem Erschrecken etwas erholend. „Ich weiß von keinem Kinde.“ Und in der Meinung, eine Geisteskranke vor sich zu haben, fuhr er fort: „Euer Kind wird wohl schon zu Hause sein; da habt Ihr etwas, laßt ihm was Schönes.“

Er hielt ihr ein blankes Geldstück, das er seiner Bestenfallsche entnahm, entgegen.

Die Frau lachte höhnend auf und schlug ihm mit kräftiger Gebärde das Geldstück aus der Hand, daß es die steile Böschung hinabrollte.

„Weiß?“ schrie sie ihm wild ins Gesicht. „Weiß, willst Du mir geben, du christlicher Weichling? Du, der du mir alles genommen hast! Ehre und Vaterhaus, alles?! Keinen Scherz weiter!“ herrschte sie ihn an. „Ober ich schreie deine ganze Schmach und mein Leid hier laut in die Nacht hinaus, daß die Steine reden über deine Veruchtheit.“

Sibo war leichenblau geworden. Inständig hob er die Hand den Stolz, aber er ließ ihn kraftlos wieder sinken. Keiner Schweig verlor auf seiner Stirn.

„Kannst du mich nicht?“ höhnte das Weib. „Nein, so wie ich nicht. Sorge und Entbehrung haben den schönen Leib der Franze vom „Leipen Weiler“ vor der Welt veranpaltet, jedoch du sie neulich schon mit Fausthieben bedacht. Was ist das aber gegen die Schmach, die Schande, die Scham, die Not und Sorge, die ich erduldet habe, nachdem du mich so grenzenlos elend gemacht!“

(Fortsetzung folgt.)

Und nun zur Hauptsache: Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben am 28. Juni 1902 in der ersten Endabstimmung der Abgeordnetenkammer dem Einkommensteuergesetz zugestimmt mit der Steuergrenze von 500 Mark, mit der Zusammenrechnung der Einkommen von Mann und Frau, mit den Nebenverdiensten und den Trinkgeldern.

Kotabene, man hätte ihre Stimmen nicht gebraucht, sie haben freiwillig für das Gesetz gestimmt. Und nun vergleiche man damit ihre heutige Darstellung.

Erst als das Gesetz von der Ersten Kammer wegen des verweigernden Budgetrechts und der 6 prozentigen Progression abgelehnt wurde und von der Zweiten Kammer, um das Gesetz zu retten, ein Kompromiß eingegangen wurde, stimmten die Sozialdemokraten wegen der der Ersten Kammer eingeräumten Rechte und wegen der verminderten Höchstprogression gegen das Gesetz, obwohl sie im Jahr 1906 bei der Verfassungsreform der Ersten Kammer noch ganz andere Rechte eingeräumt hatten. Sie konnten sich diese Freitour gestatten, weil sie wußten, daß die anderen Parteien das Gesetz annehmen würden.

Dieselbe Sozialdemokratie hat dann das Gemeindevorkommensteuergesetz mit Ausnahme des Gewerbesteuerabgabens und die Wohnsteuer enthielt. Erst dieses Gesetz hat aber einer großen Anzahl Gemeinden und insbesondere den ärmsten große Erleichterungen gebracht, hat Abstände der Kataster auf Grund, Gebäude und Gewerbe und damit eine Steuererleichterung möglich gemacht. Wenn die übrigen Parteien denselben Standpunkt eingenommen hätten, wie die Sozialdemokraten, dann wäre gar nichts zustande gekommen, dann hätten wir heute noch das ganze alte drückende Ertragssteuersystem.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Progression und zur Vermögenssteuer soll in einem weiteren Artikel dargestellt werden.

Der Balkankrieg.

Die Schlacht im Ergeneal

Es noch nicht zum Stillstand gekommen. Sie dauert jetzt den vierten Tag und zieht sich hin auf der ganzen Linie von Bija bis Kule-Burgas. Aus der Länge der Schlachtlinie erklärt es sich einigermaßen, daß heute beide Teile von Erfolgen zu berichten haben. Während König Ferdinand von Bulgarien und sein Sohn schon schwingenvolle Gratulationsdepechen an die Sieger von Kule-Burgas abgeschickt haben, meldet Kasim Pascha, der türkische General, daß die Türken die bulgarischen Truppen auf dem rechten Flügel von Bija unter großen Verlusten zurückgeworfen hätten. Ja, es sei ihnen gelungen, dem Feind die Rückzugslinie abzuschneiden. Die Depechen, welche im Laufe des Samstag in der Depechen, welche im Laufe des Samstag Abend in der türkischen Hauptstadt eingetroffen sind, wollen diese Erfolge bestätigen und wissen zu berichten, daß auch bei den Kämpfen um Adrianopel die Bulgaren zurückgeworfen wurden. Dagegen ist man im bulgarischen Hauptquartier der Ansicht, daß sich Adrianopel nur noch fünf oder sechs Tage halten können. Die Einschließung der Festung sei jetzt vollkommen und ein Entkommen der Türken unmöglich. Spätestens in 14 Tagen werde die Festung ausgehungert sein.

In Konstantinopel

Während die Dinge nicht zum Besten zu stehen. Ueber London verlautet, daß die Jungtürken in Konstantinopel eine revolutionäre Bewegung vorbereiten. Kasim Pascha habe die Verfassung suspendiert und die Wahlen verschoben. Die türkische Bevölkerung beginne immer unwilliger zu werden, je mehr sie die Wahrheit über die Niederlagen der türkischen Armee erfahre. In Stambul seien zwanzig Christen ermordet worden. Auch mehrere Bulgaren habe man auf offener Straße aufgehängt. Die Zahl der mohammedanischen Familien, die vor dem Kriegsschrecken nach Konstantinopel geflohen sind, beläuft sich etwa auf 10 000. Diese oft aller Mittel baren Menschen sind in den Häusern und Moscheen von Stambul in Restauration untergebracht worden. Die Regierung stellt Nahrung und Kleider zur Verfügung. Die Gefahr der Menschenanhäufung in Stambul ist jedoch eine große. In Versammlungen hegen mohammedanische Priester die Bevölkerung gegen die christlichen Eroberer auf. Dieser Daß überträgt sich auf alle in Konstantinopel ansässigen Fremden. Die Regierung ist sich der Gefahr einer Volks-erhebung bewußt. Sie hat infolgedessen den großen Belagerungszustand über Stambul noch verschärft und läßt nachts die Brücken zwischen Stambul und Galata sperren, am Tage militärisch bewachen.

Belgrad, 1. Nov. Hasbamtlich wird gemeldet, daß die Serben Letowo ohne Kampf eingenommen haben.

Antivari, 1. Nov. Gestern Nacht unternahmen die Montenegriner einen Sturm auf die türkische Festung am Tarabosch. Sie wurden neuerdings zurückgeschlagen und zwar mit sehr großen Verlusten.

Setinje, 1. Nov. Die gestrigen Kämpfe um den Tarabosch und Stutari, wo es zu verzweifelten Gefechten kam, verliefen ergebnislos. Die Gerüchte, daß die Mohammedaner in Stutari Regaleien vorbereiten, um eine Intervention zu erzielen, werden bekämpft. Der katholische Erzbischof Serenjo flüchtete mit der Geistlichkeit in das österreichische Konsulat.

Deutsches Reich.

Das Petroleummonopol.

Die Petroleumgroßhandels-Vorlage des Reichsschatz-amtes ist am Donnerstag in dem Bundesratsaus-schuss sehr eingehend beraten worden. Die Verhandlungen, die von morgens 11 bis abends 9 Uhr dauerten, wurden zu einem Abschluß gebracht, aber mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Vorlage soll noch eine zweite

Vorlesung im Ausschuss abgehalten werden. Man nimmt an, daß in der Beratsung am Donnerstag der nächsten Woche der Entwurf vom Bundesrat verabschiedet werden kann und daß dann auch sofort seine Veröffentlichung erfolgen wird.

Berlin, 1. Nov. Die Ankunft des italienischen Ministers des Aeußeren di San Giuliano dürfte am 3. November so zeitig erfolgen, daß die Verhandlungen am 4. November in vollem Umfange aufgenommen werden können. Bezüglich der Dreibundfrage ist jedoch schon mit Bestimmtheit zu sagen, daß bei allen Beteiligten ein guter und fester Wille besteht. Daran dürften auch alle Quertreibereien die z. B. unter der Oberfläche sich bemerkbar machen, nichts ändern.

Berlin, 2. Nov. Die Grundlage für den in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurf über die allgemeine Besitzsteuer ist im Reichsschatzamt so weit festgelegt, daß ein vorläufiger Gesetzentwurf ausgearbeitet werden kann. Dieser Entwurf wird von den Finanzministern der Einzelstaaten in einer Konferenz in Berlin gegen Mitte November begutachtet werden.

Ausland.

Paris, 2. Nov. Die Rückgabe der von Italien besetzten türkischen Inseln des ägäischen Meeres wird vorläufig nicht erfolgen. Dem Friedensvertrag von Lausanne ist, wie der „Temps“ erzählt, eine Geheimklausel angefügt worden, wonach Italien die Inseln erst dann räumen soll, wenn die Forderungen der Türkei erfüllt sind. Diese Abmachung ist auf besonderen Wunsch der Türken getroffen worden, die eine Besetzung der Inseln durch die Griechen verhindern will.

Juan Del Sur (Nicaragua), 1. Nov. Wie drahtlos hierher gemeldet wird, hat ein Orkan den größten Teil der Hafenstadt Acapulco in Mexiko zerstört. Eine Anzahl Eingeborene wurden dabei verletzt.

Württemberg.

Zu den Landtagswahlen.

Die Wirte und das Umgeld.

Am 30. Oktober versammelten sich zu Reutlingen „Böwen“ die Bezirkswirtschaftsverbände von Reutlingen, Tübingen, Urach, Nürtingen, Rottensburg u. Horb, um über den Protest der Wirte wegen des Fortbestehens des Umgelds zu beraten. Die Versammlung war von etwa 200 Wirten besucht; Tübingen, dann Reutlingen waren besonders stark vertreten. Von bisherigen Abgeordneten waren anwesend Viehsing und Reihling von der Fortschrittlichen Volkspartei, Krennig von der Sozialdemokratie, außerdem wohnte der Vorsitzende des Landesverbands der Wirte, Schramm aus Stuttgart, der Versammlung an. Zunächst wurde eine Reihe von Zuschriften von Landtagskandidaten verlesen, die sich wegen Nichtteilnahme entschuldigten und ihre Stellung zu der Abschaffung des Umgelds darlegten. Herr Verbandssekretär Kromer erläuterte darauf einen sehr eingehenden Bericht über die Geschichte des Umgelds und die Gründe, warum das Umgeld zu verwerfen und deshalb abzuschaffen sei. Die Wirte hätten sich an den Versuchen, das Umgeld durch eine allgemeine Einlagesteuer oder durch eine fußenmäßige Konzessionssteuer zu ersetzen, beteiligt. Diese Versuche seien aber alle gescheitert. Die Wirte müssen deshalb jetzt einfach die Abschaffung des Umgelds verlangen und es Regierung und Ständen überlassen, Mittel und Wege hierzu zu finden. Am Schluß seiner Ausführungen schlug Krennig die bekannte Stuttgarter Resolution der Versammlung zur Annahme vor.

Als erster Redner widerlegte zunächst der bisherige Abgeordnete Viehsing die Vorwürfe, die in der Resolution ihm und seinen Freunden gemacht worden seien. Es ist unrichtig, daß, wie in der Presse und auch noch vom Referenten hervorgehoben sei, er vor den letzten Wahlen (Dezember 1906) stürmisch die Abschaffung des Umgelds verlangt habe. Vor der Wahl habe er nur schriftlich, und zwar in ausführlicher Weise über seine Stellung zum Umgeld in dem Sinn geäußert, daß er für die Abschaffung des Umgelds sei, daß aber für den Ausfall Ersatz geschaffen werden müsse. Vorschläge in dieser Richtung müßten aber noch gemacht werden. Derselbe Stellung habe er in der Kammer am 19. Juli 1907 eingenommen, dort habe er namens der Fraktion versprochen, seine Fraktion werde im Laufe des Landtagsberanlassung nehmen, einen Ersatz vorzuschlagen. Wenige Tage nach diesen Ausführungen habe die Fraktion das Referat über diese Frage dem Abgeordneten Ehas übertragen. Die Erlattung des Referats habe sich durch die Krankheit des Berichterstatters im Jahre 1908, durch die drohende Reichswahlsteuer des Jahres 1909 und die finanzielle Anspannung des Staates durch die Aufbesserung sämtlicher Staatsangestellten im Jahre 1911 verzögert. Ehas habe dann Verabstufung des Umgelds auf die Weinhandlung vorge-schlagen. Die Fraktion habe eingehend diese Vorschläge beraten und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß durch jegliche Ausdehnung des Umgelds auf weitere Kreise, sei es durch eine allgemeine Einlagesteuer nach babilischem Muster, sei es durch die Ausdehnung auf den Weinhandel, die Weingärtner sich nicht mit Unrecht bedroht sehen, und auch die Möglichkeit einer Schädigung dieses bedrängten Standes müsse vermieden werden. Bei der Einführung der allgemeinen Einlagesteuer werde nach den früheren Verhandlungen mit dem Reich auch das drohende Gespenst der Reichswahlsteuer nähergerückt. Die Fraktion habe deshalb den Standpunkt verlassen, daß der Ersatz für das Umgeld durch eine besondere Ersatzsteuer, die aus dem Wein oder dem Wirtsgewerbe als solchem zu holen sei, geschaffen werden müsse, zumal andere Parteien, die Regierung und das Wirtsgewerbe selbst darauf hingelobte Vorschläge nicht gemacht haben. Sie habe deshalb, weil sie aus Gründen, die der Referent heute vorge-tragen, das Umgeld als eine ungerechte Steuer ansehe und deshalb nach wie vor dessen völlige Abschaffung anstrebe, die Ermäßigung des Umgelds von 11 auf 7 Proz. verlangt und gleichzeitig gefordert, daß, solange das Umgeld noch bestehe, es auch auf die wirtschaftlichen Betriebe ausgedehnt werde, es auch auf die wirtschäftlichen Betriebe ausgedehnt werden. Bei einer Verabstufung sei bei einem Betrag von etwa 600 000 Mark ein Ersatz aus allgemeinen Staatsmitteln möglich, eine alsbaldige völlige Abschaffung sei wohl z. B. nicht durchzuführen. Es werde von der Sozialdemokratie wie von anderen Parteien Befreiung der untersten Einkommensstufen von der Einkommensteuer, eine neue Begrenzung mit

Entscheidung der Gemeinden und Amtskörperschaften zuzunehmen des Staats, Uebernahme der persönlichen Schulden auf den Staat gefordert, Maßregeln, die je mehrere Willkuren beanspruchen. Auch die Sozialdemokratie habe in der Kommission einen abweichenden Standpunkt nicht eingenommen, vielmehr habe nach dem anerkannten Bericht des Finanzausschusses deren Vertreter erklärt:

„Seine Partei sei gegen das Umgeld aus Gründen der Steuergerechtigkeit; von diesem Gesichtspunkt aus würde sie auch einem Antrag auf Verabstufung zustimmen, dagegen die Ausdehnung des Umgelds auf andere Kategorien ablehnen; einen Antrag jetzt zu stellen, besäße kein Ansehen und keine Aussicht, er leugne auch nicht, daß ein Ersatz gesucht werden müsse.“

Viehsing betonte deshalb weiterhin, daß seine Fraktion auch auf dem Standpunkt der Wirte stehe, daß die Abschaffung des Umgelds nicht von der Schaffung einer besonderen Wein- oder Wirtsgewerbesteuer abhängig gemacht werden könne, sondern der Ersatz aus allgemeinen Staatsmitteln geschaffen werden müsse, dies könne aber kaum auf einmal geschehen, sondern hier müsse eine Ermäßigung den Weg bahnen. Der Redner hat dann aus Gründen nicht der Gefälligkeit, sondern der Gerechtigkeit, daß aus der Resolution das Misstrauensvotum, das gegen einzelne Abgeordnete und wohl auch gegen ihn als den Reklamegriffenen gerichtet sei, entfernt werde.

Der bisherige Abgeordnete Krennig erklärte darauf, seine Partei sei ebenfalls nicht wie vor für völlige Abschaffung des Umgelds, doch anerkenne er, daß die für sofortige Aufhebung von Viehsing geltend gemachten Bedenken gewichtig seien. Die Sozialdemokratie würde daher, wenn eine einmalige Abschaffung nicht möglich sei, auch für die Ermäßigung des Umgelds eintreten.

Der Vorsitzende des Landesverbands wie der Verbandssekretär Kromer erklärten hierauf, daß die Vorwürfe, die in der Resolution gegen einzelne Abgeordnete erhoben werden, nicht gegen den Abgeordneten Viehsing gerichtet seien, sie seien damit einverstanden, daß dieser ganze Abschnitt aus der Resolution wegbleibe. Wegen dieses Vorschlags erhob sich nach ausdrücklicher Feststellung durch den Vorsitzenden von keiner Seite Widerspruch. Mehrere Redner aus der Mitte der Versammlung machten geltend, daß, wenn auch die Abschaffung des Umgelds nicht auf einmal durchgeführt werden könne, die Versammlung doch an der Forderung der völligen Abschaffung festhalten solle, insbesondere die Regierung solle dann diesem einmütig ausgesprochenen Wunsch der Wirte gegenüber Vorschläge zur Durchführung machen.

Die Resolution wurde dann unter Weglassung des Misstrauensvotums einstimmig angenommen.

Bayer zur Wahl.

In einer zahlreich besuchten Versammlung im großen Saal der Riederhalle stellten sich gestern die Stuttgarter Proporz-kandidaten der Fortschritt. Volkspartei vor. Nach den Ansprachen der Kandidaten nahm Friedrich Bayer das Wort. Er meinte, daß man den Kandidaten dankbar sein könne, daß sie sich vorgestellt haben und wir können nur bedauern, daß unsere Macht nicht ausreicht, um alle zusammen in den Landtag zu bringen. Er kam dann auf den Balkankrieg zu sprechen, der das Interesse am Wahlkampf sichtbar beeinflusse und mit Recht, denn was dort auf dem Spiel stehe, müsse man viel höher einschätzen. Es ist vor kurzem in der Presse behauptet worden, daß in den letzten 18 Jahren die Volkspartei ihre Grundzüge geoffert habe und daß die Regierung sie nur vor ihren Wagen gespannt habe. Diese Behauptung ist energisch zurückzuweisen. Wer sich ein Bild von einer Partei machen will, der muß ihre Geschichte betrachten, nicht nur ihr Wahlprogramm. Viele Parteien haben die Methode möglichst viele Versprechungen zu machen. Ein Musterbeispiel dafür ist der Sozialdemokratischen Programm, der die Maßsteuer und das Umgeld glatt abgeschafft und der ganze Staatshaushalt durch progressive Einkommensteuer und Vermögenssteuer gedeckt werden soll. An und für sich läßt sich dagegen nichts sagen, aber der Ausfall im Etat kann auf diese Weise nicht gedeckt werden. Der Redner bespricht dann das Zusammengehen mit der Nationalliberalen. Es ist der Einsicht der beiden Parteien entsprungen, daß das Wohl des Landes es heischt und es ist nur zu hoffen, daß der gesamte Liberalismus von dieser Notwendigkeit durchdrungen werde. Redner bespricht sodann die einzelnen Parteien, voran das Zentrum, dessen energische Weidung nach rechts er konstatiert. Diese Sache entspringt einer gewissen Notwendigkeit, sonst hätte Eröber in Oberbayern nicht in Tönen reden können, die die Selbstzucht und das innere Gleichgewicht gleich stark vermischen lassen. Neu in diesem Wahlkampf ist die Stärkung der konservativen Entwicklung; es ist aber bedenklich, daß diese Partei nicht die Kraft hat, sich auf eigene Füße zu stellen, sondern sich in so starkem Maße anlehnen muß, z. B. an den Bauernbund, der dann wieder die Vermittlung zwischen ihr und dem Zentrum übernimmt. Das ist umso mehr zu bedauern, als zwischen den Konservativen und den beiden anderen Parteien gewaltige Unterschiede bestehen und allein das Zentrum aus diesem Dreibund Vorteile ziehen wird. Auch widerspricht ein derartiges Bündnis gerade bei uns in Württemberg der ganzen historischen Entwicklung. Eingehend beleuchtete Bayer sodann die württembergische Sozialdemokratie, die sich durch die Vorgänge der letzten Zeit sehr im Lichte steht. Welche Richtung bei ihr maßgebend sein wird, zeigt ihr Stuttgarter Wahlzettel, der ein Zeichen dafür ist, daß das Land ernstlichen Gefahren entgegengeht. Der Redner nimmt dann die neuen Männer unter die Lupe und findet, daß ihr einziger Verdienst bis jetzt darin besteht, daß sie unentwegt Bekämpfer der sozialdemokratischen Theorie und Taktik sind. Der Lindemann allein ist auszunehmen, und man muß sich fragen, wie kommt Saul unter die Propheten, aber er und sein Anhang werden zweifellos schlecht abschneiden. Die Pläne der anderen Herren gehen dahin, daß es sich künftig nicht mehr um die Sache, sondern um die Agitation handeln soll und das Land sowohl als auch insbesondere die Stadt Stuttgart müssen diese Vorgänge achtsam verfolgen. Im Landtag müsse u. a. wichtige Fragen vor allem auch die Annahme der Gemeinden gegen die Regierung verreten werden, was vorzugsweise bis jetzt durch die Vertreter Stuttgarts geschehen sei. Durch einen Sozialdemokraten könne dies aber nicht geschehen. Wir werden im ganzen Reich beneidet, wegen der Bedeutung unserer Volksvertretung innerhalb unseres Landes und diese Bedeutung muß erhalten bleiben. Es muß dafür gesorgt werden, daß in den Landtag die richtigen Männer kommen und da darf man ohne Uebertreibung sagen, die Volkspartei und ihr OWM. Gauß haben sich in den drei letzten Legislaturperioden bewährt. Ein Appell, für diese Partei einzutreten, sei daher ein Appell an die gesunde Vernunft. (Beifall.)

Landtagskandidaturen.

Im Oberamt Cannstatt stellte nach der „D. Post“ die konservative Partei und der Bund der Landwirte als Landtagskandidaten Herrn Rechtsanwalt Schmitt auf. — Im Oberamt Tübingen hat Herr Franz eine konservative Kandidatur angenommen. Im Oberamtsbezirk Heilbronn wurde Oberamtsrat Herr v. Heilbronn als parteiloser Kandidat aufgestellt, der auch von den Konservativen unterstützt wird. Die Nationalliberale Partei hat den Major E. Schuler in Tübingen als Kandidaten für die Landtagswahl in Stuttgart-Amt aufgestellt.

Das Wahlprogramm der Beamten.

Die schon berichtet hat der Gesamtverband der württembergischen Beamten und Unterbeamtenvereine und Vereine beschlossen, mit einem Wahlprogramm vor den kommenden Wahlen zu treten, welches die Wünsche in der Hinsicht enthält, welche die Beamten in der Staatsverwaltung, die als gerechtfertigt anerkannt sind, alle Härten vermieden werden sollen. Bezüglich der Erhaltung der Interessen der Landwirtschaft auf landwirtschaftlicher Seite durch die Teuerung geschaffenen Schwierigkeiten wird weiter gefordert die Erleichterung der durch die Teuerung geschaffenen Schwierigkeiten. Die Schaffung von Beamtenausschüssen wird als notwendig bezeichnet zur Vertretung der Wünsche der Beamten bei den Behörden. Ferner werden Verbesserungen auf dem Gebiete des Qualifikationswesens und der Anstellungsverhältnisse gewünscht. Der Wohnungswesen soll die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden, sowie der Verbesserung der Dienstverhältnisse und der Gehälter. Das Disziplinarverfahren soll human gestaltet werden. Für die Arbeiter im Staatsdienst sollen die Lohnklassen verringert und ein einheitliches Lohnarbeiterrecht geschaffen werden. Endlich wird gefordert, die württembergische Regierung solle im Bundesrat für eine baldige Verabschiedung der Altersgrenze für die Invalidenversicherung von 70 auf 65 Jahre eintreten, und die Bestimmungen der Altersgrenze und Altrenten am besten ihrer Lage sollen Berücksichtigung finden.

Stuttgart, 1. Nov. Heute Vormittag stattete eine Delegation der Generaldirektion der Staatsbahnen dem Wartesaal 3. und 4. Klasse zur Besichtigung des in den heutigen Tagen eröffneten Bahnhofsautomaten-Automaten einen längeren Besuch ab. Es nahmen u. A. die Präsidenten von Stieler und von Hahn, die Direktoren von Leo und von Reuffer, die sämtlich sehr anerkennend über die mühselige Arbeit äußerten.

Stuttgart, 1. Nov. Auf einen in einer Stuttgarter Zeitung erschienenen Artikel über die Frage, ob Stuttgart von dem badischen Murgalwerk elektrische Energie beziehen könne, bemerkt die Oberh. Korrespondenz: „Die badische Regierung ist keineswegs abgeneigt, die aus dem Murgalwerk gewonnene elektrische Energie auch im „Ausland“ abzugeben. Natürlich kommen in allererster Linie für den Bezug von elektrischer Energie aus dem staatlichen Murgalwerk badische Landesteile in Betracht. Die Regierung sieht in verschiedenen württembergischen Gemeinden in der näheren Umgebung des Murgwerks zwecks Stromlieferung in Unterabteilung, ob aber dabei auch Stuttgart in Frage käme, erachtet heute wenigstens noch recht zweifelhaft. Bei den Verhandlungen der badischen Regierung mit den Vertretern Württembergs wurde übrigens betont, daß die Eisenbahnverwaltung im Stuttgarter Bahnhof die elektrische Energie von der Stadt Stuttgart billiger beschaffe, als wie sie im Murgwerk vorläufig zu liefern imstande sei. Nach dem von der badischen Regierung mit verschiedenen badischen Gemeinden, so mit der Stadt Karlsruhe, gepflogenen Unterhandlungen steht überdies in Aussicht, daß die durch den ersten Bau des Murgwerks gewonnene Kraft auch tatsächlich in Baden vollständig verbraucht werden kann.“

Stuttgart, 1. Nov. Endlich ist der Preis für einige Sorten etwas ermäßigt worden. Rindfleisch 2. und 3. Qualität und abgedecktes Schweinefleisch wird um Pfund um 5 Pfennig billiger verkauft, bei den übrigen Fleischsorten haben die Preise keine Veränderung erfahren.

Winnenden, 1. Nov. Die Oberleutnantswitwe Elisabeth Schenk aus Niederrad bei Frankfurt a. M. hat das Bahnhofs- und den Saalbau Horn um 130 000 Mark künstlich erworben.

Am, 1. Nov. Der Vorsitzende des Theaterausschusses, Herr Dr. Schepel, berichtete in der gestrigen Sitzung des Gemeinderates über die Beratungen des Theaterausschusses. Die Kollegen beschloßen, eine Kommission aus drei Mitgl. nach Stuttgart zu entsenden mit dem Auftrag, die Hände und die Chancen einer Erneuerung der Einrichtung des Interimstheaters zu prüfen und darüber den Gemeinderat Bericht zu erstatten. Auch soll Vaurat Holz eine Geschäftsübernahme untersuchen und den Kollegen vorlegen.

Naß und Fern.

Ein teurer Stoß. Die Burg Hohenzollern, die durch das Erdbeben vom 1. November 1911 namentlich in ihren vielen Türmen und Wänden stark beschädigt wurde, ist nach einjähriger Arbeit nun wieder vollständig restauriert. Die Kosten belaufen sich auf 30 000 Mark.

Brand- und Unglücksfälle. Zwischen Pienzingen und Währingen brach eine Schiene aus dem Fersich und lief direkt in einen Zug der Pienzingen hinaus, der die Tiere haufenweise tötete. Als 30 Stück waren teils gleich tot, teils mußten sie geschlachtet werden.

In Kirchwarbis bei Kassel zerstörte ein Großsturm drei große Bauerngehöfte, die nur noch Trümmer vor sich hatten.

Vater und Tochter. In Niederraden ist der 48jährige Vater der 19jährigen alten Juliane Wade, deren Leiche man mit dem Leichwagen zum Friedhof auf der Bahnstraße auffand, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Der Vater, Vater von sechs Kindern, hat mit der Toten, seinem einzigen Kinde, seit längerer Zeit häßlichen Verkehr gepflogen, der nicht ohne Folgen geblieben ist und die Unglückliche in den Tod getrieben hat. Wade arbeitet als Gerber in einer Offenbacher Fabrik.

gepflogen, der nicht ohne Folgen geblieben ist und die Unglückliche in den Tod getrieben hat. Wade arbeitet als Gerber in einer Offenbacher Fabrik.

Kauf dem Sterbebett. Gestand die Frau eines vor mehreren Jahren gestorbenen Kaufmanns M. Krennstadt in Wiesbaden, daß ihr Mann der Mörder des in Wiesbaden getöteten Knaben Breßschuh war. Die Leiche des Knaben wurde im Jahre 1904 glücklich vermisst und aufgefunden. Viele Jahre hindurch hatte sich damals das Gerücht gehalten, daß der Knabe einem Ritualmord zum Opfer gefallen sei, trotzdem dieses Gerücht von der Kanzel als Unsinn bezeichnet worden war.

In Eichenberg wurde vor mehr als 5 Jahren ein Bahnwärter, der in der Nähe des Bahnhofes Nachdienst verrichtete, früh Morgens von seinem Kollegen Hanten, der ihn abholen sollte, erschlagen aufgefunden. Schon damals kam Hanten in den Verdacht den Mord begangen zu haben, wurde jedoch mangels Beweise freigesprochen. Jetzt hat Hanten auf dem Sterbebett gestanden, den Bahnwärter im Streit mit einem Feuerhaken erschlagen zu haben.

Spiel und Sport und Luftschifffahrt.

Die Gordon-Bennet-Fahrt.

Der französische Ballon „Picardie“ Sieger. Nun ist auch von dem letzten Weltfahrt-Ballon, von dem Franzosen „Le de France“ (Führer Leblanc) Meldung von glücklicher Landung eingetroffen. Er ist bei der Stadt Kaluga, südwestlich von Moskau, niedergegangen. Die Entfernung ist auf etwa 1970 Kilometer zu schätzen, so daß also Frankreich nicht bloß den ersten „Picardie“ mit 2100 Km., sondern auch den zweiten Preis davongetragen hat, falls nicht bei der genaueren Berechnung, die bei den bisherigen, wenig bestimmten Angaben nicht möglich ist, für den Italiener „Andromeda“, der auf 1950 Kilometer Entfernung geschätzt ist, eine höhere Entfernungszahl herauskommt. Man muß überhaupt, ehe eine ganz korrekte Zusammenstellung gemacht werden kann, die Vordächer abwarten, deren Einträge Verschiebungen bringen können. Frankreich ist damit zum zweitenmal Preisträger für den Hauptpreis. 1906 war es Amerika, 1907 Deutschland (Erdöl), 1908 Schweiz (Schad), 1909 und 1910 wieder Amerika (Witz bzw. Harten) und 1911 Deutschland (Gerde). Auch der Preis für die längste Fahrt, den der Deutsche Luftfahrerverband gestiftet hat, wird Frankreich zufallen. Die „Picardie“ war 45 Stunden 55 Min. in den Lüften, der deutsche „Reichsflugverein“ 44 Stunden 56 Min., die französische „Le de France“ 44 Stunden 41 Min.

Ins Eismeer verschlagen? Rösmanns Telegraphenbureau in Bremen meldet: Die Teilnehmer an der Gordon-Bennet-Fahrt, Albert v. Hoffmann und Frau Berry aus St. Louis, Besitzer bzw. Führer des Ballons „Million Population Club“, kamen auf ihrer Bouteille und gaben folgende Erklärung ab: Nachdem unser Ballon nach 19stündiger Fahrt bei Gombin in der Nähe von Wiesbaden hart am Wasser am Montag den 28. Okt. mittags gegen 12 Uhr gelandet war, erlitten wir 1 Stunde später in einer Höhe von etwa 3000—3500 Meter einen Ballon, der in nordöstlicher Richtung trieb und bald in den Wolken verschwand. Nach unserer Ansicht kann es sich nur um den bis jetzt vermissten Ballon „Düsseldorf II“, der amerikanische Bemannung an Bord hatte, handeln. Wir sind überzeugt, daß der Ballon die Richtung nach Nordwesten eingeschlagen hat. Da er sich in einer enormen Höhe befand und eine Geschwindigkeit von mindestens 60 Kilometer erreichte, konnte er nicht vor Anbruch der Dunkelheit herabkommen. Es war ihm auch nach unserer Ueberzeugung unmöglich, sich vor Tagesanbruch zu orientieren. Um diese Zeit mußte er mindestens 1000 Kilometer weiter geflogen sein und wenn er die von uns beobachtete Richtung beibehielt, nach dem äußersten Nordwesten bzw. Lappland und etwa darüber hinaus ins Eismeer verschlagen worden sein.

Frankfurt a. M., 1. Nov. Die „J.-Luftschiffe“ „Victoria Luise“ und „Dana“ sollen in der nächsten Zeit keine größeren Flüge mehr unternehmen. Die „Victoria Luise“ wird am 3. November noch eine Fahrt nach Wiesbaden machen. Sodann werden die Luftschiffe vorerst nur noch zu kleineren Passagierfahrten in der Nähe ihres Stationsortes aufsteigen.

Gerichtssaal.

Offenbarungs-Reineid und Zwangsvollstreckungsverweigerung.

Heilbronn, 1. Nov. Vor dem Schwurgericht hatte sich heute der 31 Jahre alte, von seiner Frau geschiedene Gärtner Karl Wilhelm Sander von Heilbronn wegen Reineids und Zwangsvollstreckungsverweigerung zu verantworten. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Frank, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Paul. Als Sachverständiger ist Gärtnermeister Oskar Limbschneider geladen. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, im Juni 1912 Vermögenssüßde beiseite geschafft zu haben, um sie der von seinem Schwiegervater eingeleiteten Zwangsvollstreckung zu entziehen und ferner beim Offenbarungseid wissenschaftlich verfahren zu haben, daß er noch andere als die angegebenen Vermögenssüßde besitze. Der Angeklagte hatte in der Redaktionsstraße ein Gärtnerwägenwerk gegründet, zu dessen Begründung er von seinem Vater 2000 Mark erhielt. Im September 1910 hat der Angeklagte ein Mädchen aus Italien geheiratet, seine Frau brachte 3000 Mark in bar und 3000 Mark an Aussteuer in die Ehe. Im Februar 1911 erhielt er von seinem Schwiegervater ein Darlehen von 5000 Mark gegen Schuldschein. Die Ehe war keine glückliche, sie wurde am 26. März 1912 wegen Ehebruch des Mannes geschieden. Im Mai kündigte sodann der Schwiegervater das Kapital auf 15. Aug. Zu dieser Zeit war der Angeklagte noch im Besitz von 2500 Mark, die auf einer hiesigen Bank angelegt waren. Da er erwartete, daß sein Schwiegervater nach dem noch vorhandenen Geld sehen werde, erhob er den Betrag und legte ihn bei einer anderen Bank an. Von dem andern Geld hatte er am 1. Mai 1912 an einen Gläubiger, den Fabrikanten Josef Raies, einen Betrag von 1300 Mark zurückbezahlt, von dem er ein Darlehen von 2200 Mark erhalten hatte. Am 13. Juni verkaufte er sein gesamtes Gärtnerwägenwerk samt dem Inventar an den oben erwähnten Fabrikanten Raies um den im Jahr 1905 vom Gemeinderat geschätzten Wert von 18 500 Mark. Da 18 250 Mark Hypotheken darauf ruhten, erhielt er noch 250 Mark heraus, die jedoch für vorläufige Zinsen verrechnet wurden. Raies schloß sodann mit Sander einen Geschäftsführungsvertrag, nach welchem Sander die Gärtnererei als Geschäftsführer weiter zu betreiben habe. Als Kaution gab er Raies eine goldene Uhr im Wert von 100 Mark. Die Anklage geht nun davon aus, daß er das Anwesen verkauft habe, um eine Zwangsvollstreckung seines Schwiegervaters zu vereiteln. — Der Angeklagte leugnet, verweigerte sich aber in Widerrede u. wurde durch die Zeugen widerlegt. — Die Geschworenen bejahten aber die vorgelegten Schuldsfragen, so daß Sander schließlich zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt und ihm die Fähigkeit zur Geschäftsführung abgeprochen wurde. Zwei Monate der erstinstanzlichen Untersuchungshaft kommen in Abrechnung.

Wert von 100 Mark. Die Anklage geht nun davon aus, daß er das Anwesen verkauft habe, um eine Zwangsvollstreckung seines Schwiegervaters zu vereiteln. — Der Angeklagte leugnet, verweigerte sich aber in Widerrede u. wurde durch die Zeugen widerlegt. — Die Geschworenen bejahten aber die vorgelegten Schuldsfragen, so daß Sander schließlich zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt und ihm die Fähigkeit zur Geschäftsführung abgeprochen wurde. Zwei Monate der erstinstanzlichen Untersuchungshaft kommen in Abrechnung.

Stuttgart, 30. Okt. Vor der Strafkammer des Landgerichts kam heute die Anklage gegen den hiesigen Patentanwalt Schwäbisch wegen Betrugs und unerlaubter Titelführung zur Verhandlung. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Ewert. Als Verteidiger fungieren RA Dr. J. J. J. Berlin und Dr. H. H. H. Zunächst schilberte der Angeklagte Schwäbisch seinen Lebenslauf, der abweichend von den Tatsachen, ein falsches Geburtsjahr, einen nicht statigebildeten akademischen Bildungsgang und eine unberechtigte Titelführung darlegt. Auf verschiedene Einwendungen des Gerichtsvorgitenden bemerkt der Angeklagte u. a., daß er als hiesiger Vertreter eines Patentanwalts fungiert habe. Es kamen nun verschiedene Fälle zur Verhandlung, in denen Schwäbisch der Form der Betrugs gemacht worden war. Einmal war es der Fall G. A. L. e. t., sodann der Fall T. a. i. b. e. r. Als Hauptbelastungszeugen erschienen die früheren Angestellten der Firma T. a. u. s. u. n. d. Schwäbisch G. u. b. e. n. u. n. d. H. a. r. t. e., die wegen Unterschlagung einer größeren Summe abgeurteilt waren und deren Aussagen so widerwärtig und unwahr lauteten, daß man kein besonderes Gewicht darauf legen konnte. Aus der heutigen, siebenstündigen Verhandlung ist bemerkenswert, daß von den ehemaligen Angestellten des Angeklagten leichtfertige Beschuldigungen erhoben wurden und zwar auf Grund von Klatsch und unzuverlässigen Aussagen, die den Kern der Anklage keineswegs berührten. Bemerkenswert ist, daß die Aussagen der geladenen Sachverständigen durchaus zu Gunsten des Angeklagten lauteten.

Tübingen, 1. Nov. Das Schwurgericht hat den Gastwirt Albert Proh in Heilbronn DA. Nagold, einen gebürtigen Sulzer, wegen Tötung seiner Ehefrau Marie geboren frei zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Der erst 32 Jahre alte Angeklagte hat die 27 jährige Ehefrau am 6. September mit dem Stiefel so auf den Unterleib getreten, daß sie eine halbe Stunde später an Verblutung starb. Der Angeklagte suchte sich damit zu entschuldigen, daß die Frau gerunnen habe. Er hat sie oft grob mißhandelt, so bei ihrer letzten Niederkunft im November 1911 und sie wiederholt mit Totschlägen bedroht. Die Frau sah wieder einer Geburt entgegen.

Bemischtes.

Schwäbische Gedenktage.

Am 9. November 1516 wurde die dem Grafen von Helfenstein gehörende Hiltensburg DA. Weisingen auf Befehl des Herzogs Ulrich in Brand gesetzt. Diese Tat war auch unter den Beispruchpunkten gegen den Herzog aufgeführt, und bildet eine der Ursachen seiner Verdrückung aus dem Lande.

Am 10. November 1736 ist in Neuenbürg Joh. Ulrich Schwindragheim geboren, nachmals Präzeptor in Ludwigsburg und Schillers Lehrer, er hat sich auch als Gelegenheitsdichter hervorgetan.

Am 11. November 1250 wurde das Frauenkloster zu Pfalzingen von zwei Frauen aus dem Geschlecht der Beyer gegründet.

Am 12. November 1675 hatte General Montecuccoli sein Hauptquartier zu Pienzingen DA. Raubronn.

Am 13. November 1718 schenkte Herzog Eberhard Ludwig das Lehen Weisingen der Gräfin von Würden, 1732 kam es wieder zu Württemberg.

Am 14. November 1566 ist in Winnenden Erasmus Grüniger, geboren. Er starb am 19. Dezember 1631 als Propst zu Stuttgart. Er war nicht nur ein ausgezeichneter Kanzelredner, sondern auch ein guter Musiker.

Am 14. November 1643 wurde das staubisch-weimarsche Heer unter General Ranzau durch einen Ueberfall von dem kaiserlich bayerischen Heer unter Mercy und Johann von Birk in Tübingen fast ganz ausgerieben und so gut als vernichtet. Das war, wie Schiller sagt, das Köpfbuch des 17. Jahrhunderts.

Das Gold im Haar.

Das Geheimnis, wie man das Gold bei den Haaren jagt, hat Hr. Max Cornad, ein in bescheidenen Verhältnissen lebender Bewohner Colorados, der dank seinen Haaren und seinem Friseur Millionär geworden, der mehr oder minder gutgläubigen Welt entdeckt. Als besagter Herr sich eines Tages die Haare schneiden lassen ließ, bemerkte der Friseur mit Staunen, daß das blonde Haar seines Kunden in goldenen Reflexlichtern erglänzte. Schließlich konnte er seine Verwunderung nicht mehr länger bei sich behalten. „Das ist ja gerade unbegreiflich mein Herr, Sie haben wahrhaftig Goldplättchen auf dem Kopfe. Das ist ja die wahre Goldgrube, die Sie ausbeuten sollten,“ rief er begeistert. Herr Max Cornad jagte kein Wort, dachte dafür aber der Sache nach und kam dabei zu der Vermutung, daß er den Goldhaub am Ende mit seinem pomadifizierten Haar aus dem Hinter seinem Ader in Leadville vorüberfließenden Bach herausgeholt haben könnte, in dem er zuweilen ein Bad zu nehmen pflegte. Diesbezügliche Untersuchungen bekräftigten ihn in dieser Annahme, und so ließ er denn einen Ingenieur kommen, der denn auch feststellte, daß das Wasser des Fließens Gold in großen Mengen führe. Auf Grund dieses Gutachtens kaufte Cornad ohne langes Besinnen das den Wasserlauf umfläumende Terrain an und verkaufte Fluß und Land für zwei Millionen einem Consortium, das den Gewinnungsbetrieb der Goldquelle, die Hr. Cornad mit seinen Haaren entdeckt hatte, in die Hand nahm.

Handel und Volkswirtschaft.

Schlacht-Vieh-Markt Stuttgart.

Table with columns for date (30. Oktober 1912), categories (Groschvieh, Kalber, Schweine), and sub-categories (Jugtriebener, Ochsen, Kühe, etc.) with corresponding prices and quantities.

Beizung des Marktes: Mäßig belebt.

